

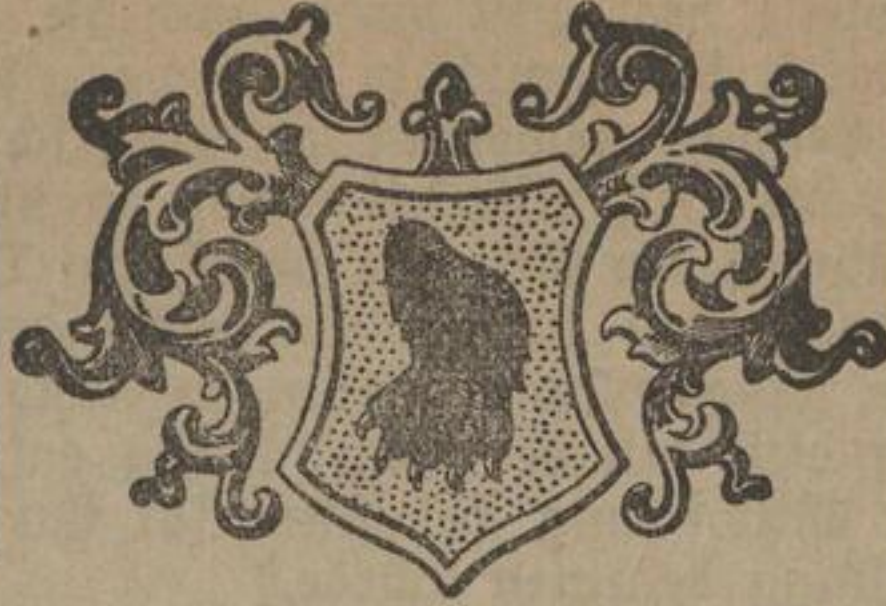
# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz  
Postfachkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



**Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstiger irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Verdruckerbetriebe hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiedergabe oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wochentl. M 83 Milliarden bei freier Zustellung; bei Abholung wochentl. M 80 Milliarden; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gepaltene Petitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) M —.15, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M —.10. Mittlere Zeile M —.45 und M —.30; Reklame M —.40. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlungst. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Das älteste und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thymendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Dichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 139.

Donnerstag, den 22. November 1923.

75. Jahrgang

## Amtlich Teil.

### Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Für die Zeit vom 18. bis zum 24. November 1923 sind die in der zweiten Septemberhälfte 1923 in Geltung gewesenen Ermäßigungsätze beim Steuerabzug vom Arbeitslohn wie in der Vorwoche mit 300 000 zu verdeutlichen.

Der Multiplikator für die Sachbeilage beträgt vom 21. November 1923 ab gegenüber der zweiten Septemberhälfte 500 000 Mark.

Kamenz, am 19. November 1923.

### Das Finanzamt.

Durch Einwirkung des Amtsgerichts Pulsnitz vom 8. November 1923 ist der Gastwirt und Fleischermeister Emil Arthur Schöne in Dichtenberg wegen Preistreiberi zu

### Dreihundert Milliarden Mark Geldstrafe

oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Der erzielte übermäßige Gewinn, der sich unter Berücksichtigung der Geldentwertung auf 50 (fünzig) Milliarden Mark stellte, ist eingezogen worden.

Amtsgericht Pulsnitz, den 15. November 1923.

### Bekanntmachung.

Infolge der eingetretenen Verhältnisse sehen wir uns gezwungen, unsere Strompreise in Goldmark zu verrechnen, da wir schon seit längerer Zeit alle erforderlichen Betriebsmaterialien selbst in Goldmark kaufen müssen.

Die Strompreise für die Einhebungsperiode betragen nach dem Einfachtarif bezogen für Licht und Kraft

0,40 Goldmark,

nach dem Doppeltarif bezogen

0,36 Goldmark außerhalb der Sperrzeit,  
0,57 Goldmark während der Sperrzeit.

Der Preis von 0,36 Goldmark für eine nach dem Doppeltarif bezogene Kilowattstunde ist eine jährliche Mindestbenutzung der angeschlossenen Leistung von über 300 Stunden voraus. Ist die jährliche Benutzungsstundenzahl 300 oder weniger, so beträgt der Preis einer Kilowattstunde 0,54 Goldmark. Auf letzteren Preis wird ein Nachlass von 10 v. H. gewährt, sofern die Stromabnahme während des ganzen Jahres regelmäßig und nahezu gleichmäßig erfolgt.

Die Pauschalsätze werden mit 0,40 Goldmark für jedes angeschlossene Watt und Jahr berechnet.

### Das Wichtigste.

Dr. Zeigler ist verhaftet worden.  
Die Entscheidung im Reichstage in der Auseinandersetzung mit dem Kabinett Stresemann dürfte kaum vor Freitag zu erwarten sein.  
Nach dem Anweis der Reichsbank stieg der Notenumlauf Ende Oktober auf 2,5 Trillionen Mark.  
Die Reichseisenbahnen haben gegen Verpfändung von bahneigenen Braunkohlesteinen bei Lubbenau und Bitterfeld von englischen Banken einen Kohlenkredit von 3 Millionen Pfund bekommen.  
Die Vernehmung der deutschen Vertreter vor der Reparationskommission erfolgt nächsten Freitag.  
Griechenland befindet sich auf dem Wege zur Republik.

### Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

**Pulsnitz.** (Stellungnahme der städt. Kollegien zur Frage der Erwerbslosenfürsorge.) In der gemeinschaftlichen Sitzung der städt. Kollegien am 19. d. Ms. befaßte man sich unter Vorsitz des Bürgermeisters mit der jetzt besonders brennenden Frage der Erwerbslosenfürsorge. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß es zur Zeit in der Stadt Pulsnitz mindestens rund 400 Wollwerbslose und ungefähr 750 Kurzarbeiter gibt, welche die reichsgesetzlich festgelegte Unterstützung beanspruchen, zu der auch die Stadtgemeinde selbst einen Beitrag von 1/3 zu zahlen hat. Dazu kommen noch die sogenannten Zuschlagsempfänger, das sind also Familienangehörige von Erwerbslosen, welche nicht bereits für ihre Person einen besonderen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Mit Rücksicht auf die ungeheure Teuerung, welche in der letzten Zeit geherrscht hat, sind nun wiederholt die Erwerbslosen (nicht aber die Kurzarbeiter) an den Rat der Stadt bzw. an den Bürgermeister mit Forderungen herangetreten, die im Anfange, als die Zahl der Erwerbslosen noch nicht allzu groß war, wenigstens zum Teil erfüllt werden konnten, in letzter Zeit aber grundsätzlich abgelehnt werden mußten, weil effektiv die Stadt nicht in der Lage ist, die Mittel für diese übrigens reichsgesetzlich garantierten Mittel besonderen Zuwendungen aufzubringen. Es

ist nämlich hierbei zu bedenken, daß bisher die Erwerbslosen nicht zu bewegen waren, diejenigen aus ihrer Mitte auszuwählen, welche am bedürftigsten erschienen, denn diesen sollte im Rahmen der allgemeinen Notstandsmassnahmen nach dem Willen des Rates ebenso geholfen werden, wie dies hinsichtlich der Klein- und Sozialrentner geschieht. Es ist nämlich zu bedenken, daß selbstverständlich die Stadtgemeinde Pulsnitz auch die Pflicht hat, mit Rücksicht auf die Not der Zeit denjenigen Personen helfend zur Seite zu treten, welche die Kreise der sogenannten Klein- und Sozialrentner ausmachen und welche bei weitem nicht soviel Unterstützung vom Reiche oder vom Staate bekommen, als die Erwerbslosen und die Kurzarbeiter erhalten. Diese Tatsache wird immer verkannt. Obwohl nun nach den ausführlichen Darlegungen des Bürgermeisters zur Zeit in der Stadt keine flüssigen Mittel überhaupt nicht vorhanden sind, wohl aber das Schuldenkonto der Stadtgemeinde bei der Girozentrale Dresden ein recht beträchtliches ist — die Stadt hat fast gar keine nennenswerten Einnahmen —, so haben doch in der gestrigen Sitzung die städtischen Kollegien beschlossen, neben der bisher eingeleiteten Hilfsaktion, welche bekanntlich von mehreren Herren der Stadt auf das tatkräftigste unterstützt wird, weitere Mittel zur Binderung der Not zur Verfügung zu stellen, und zwar zunächst in Höhe von 150 Goldmark, was zur Zeit ungefähr einem Papiermarkwerte von 150 Billionen entspricht. In diese Unterstützung sollen künftighin auch, um dies nochmals zu betonen, die Bedürftigsten der Erwerbslosen mit einbezogen werden, das sind also vor allem die Verheirateten und die Kinderreichen. — Wohl alle Kreise der Bevölkerung wünschen, daß endlich wieder geordnete wirtschaftliche Verhältnisse in Sachsen und insbesondere auch bei uns einzutreten möchten, damit die Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsempfänger wieder ihrer geregelten Beschäftigung nachgehen können und für ihre ehrliche Arbeit einen ehrlichen Lohn erhalten, der sie zufrieden stellt und von jeder Beunruhigung fernhält. Nicht gedient

ist der Allgemeinheit aber damit, wenn Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden, denn damit wird absolut nichts erreicht, außerdem sind derartige Veranstaltungen verboten und müssen die Stadtbehörde pflichtgemäß veranlassen, für den Schutz der Allgemeinheit sofort Sorge zu tragen. Dies ist, wie ja allgemein bekannt, bereits vorigen Sonnabend geschehen und muß auch künftighin wieder geschehen, wenn derartige Vorkommnisse sich wiederholen. Wenn vergangenen Sonnabend die Sicherheitspolizei Kamenz ein besonders starkes Kommando hierher entsandte, so sind der Stadtgemeinde die Gründe hierfür nicht ausreichend bekannt, immerhin dürfte es zweckentsprechend sein, mit genügenden Kräften gegen unbesonnene und radikale Elemente die Allgemeinheit zu schützen, als später etwa bedeutende Summen für Tumult- oder gar Personenschäden auswerfen zu müssen. Hoffen wir, daß künftighin sich die vernünftigen Elemente der Erwerbslosen davon überzeugen lassen, daß die Stadtgemeinde alles tut, was sie tun kann, um neben der gesetzlichen Unterstützung die schlimmste Not zu lindern, aber über die tatsächlichen Kräfte und Verhältnisse hinauszugehen, ist schlechterdings unmöglich.

**Pulsnitz.** (Stenographen-Wettstreifen.) Am gestrigen Mittwoch fand im hiesigen Fremdenhof „Grauer Wolf“ ein Bezirkswettstreifen folgender, dem Westfälischer Verbande „Sabelberger“ angehöriger Stenographenvereine statt: Bernsdorf (Saas), Bretzig, Elstra, Großröhrsdorf, Kamenz, Obersteina, Ohorn, Pulsnitz und Rammenau. Geschieden wurde in Geschwindigkeit von 80—260 Silben in der Minute. Die Teilnehmerzahl betrug 103. Vom Pulsnitzer Verein errangen sich folgende Mitglieder Preise: 80 Silben: 1. Preise: Gertha Teubel, Grete Blumberg, Marianne Füssel, Erich Nischke, Arno Grottel, Wilhelma Fied, Herbert Wendt, Anna Müller. 2. Preise: Marie Dinter, Fritz Schieblich, Jungard Wild, Marianne Pleßch, Leonore Rinken. 3. Preise: Gertrud Heitmüller, Martin Haase. 100

Pulsnitz, am 22. November 1923.  
Ueberlandkraftwerke Pulsnitz, A.-G., Pulsnitz.

Bei größerer Abnahme treten entsprechende Ermäßigungen ein.  
Die monatlichen Mehrkosten betragen für einen Elektrizitätszähler bis zu

600 Watt Anschlußwert	0,40 Goldmark,
1 250 " "	0,70 "
5 000 " "	1,— "
9 000 " "	1,50 "
15 000 " "	2,— "
20 000 " "	2,50 "
über 20 000 " "	nach Vereinbarung.

Bei Doppeltarifzählern gelten dieselben Sätze mit 0,50 Goldmark Zuschlag für den Monat.  
Die Einhebung folgt nach vorausgegangener Ableseung bis auf weiteres für auswärtige Ortskosten an den jeweils bekanntzugebenden Stellen, für die Stadt Pulsnitz, Pulsnitz N. S. und Bollung im Elektrizitätswerk.  
Im Einhebungsverfahren gilt als Umrechnungskurs in Papiermark der am vorhergehenden Tage gültige Mittelgeldkurs, der auf volle Milliarden abgerundet wird. Am Einhebungstage nicht bezahlte Beträge sind innerhalb 3 Tagen an unsere Kasse zu bezahlen, zu dem am Zahlungstage gültigen Kurs. Im Ueberweisungs- und Scheckverkehr gilt der Umrechnungskurs des Tages, an dem wir über die Beträge verfügen können.  
Vorauszahlungen auf verbrauchten Strom werden an unserer Kasse im Elektrizitätswerk entgegengenommen nur in der Zeit von 9—12 Uhr vormittags.  
Um Anstauungen zu vermeiden, werden alle Abnehmer gebeten, kleinere Zahlungsmittel, als 1 Milliarden-Scheine nicht mehr vorzulegen und sich an die genannten Zeiten zu halten um den Zahlungsverkehr zu beschleunigen.  
Die Einhebung für die Stadt Pulsnitz findet statt:

Montag, den 26. November 1923		
Hausnummer	1—54	8—10 Uhr vorm.
"	56—187 G	10—12 Uhr vorm.
"	178—210	1/3—4 Uhr nachm.
"	211—213a <sup>2</sup>	4—5 Uhr nachm.
Dienstag, den 27. November 1923		
Hausnummer	213E <sup>2</sup> —232	8—10 Uhr vorm.
"	233—252d	10—12 Uhr vorm.
"	252d <sup>2</sup> —258	1/3—4 Uhr nachm.
"	259—274	4—5 Uhr nachm.
Mittwoch, den 28. November 1923		
Hausnummer	275—330	8—10 Uhr vorm.
"	331—Schluß	10—12 Uhr vorm.

Silben: 1. Preise: Käthe Schindler, Annemarie Köpcke, Lily Reinhardt, Susi Füssel, Dora Renner, Rudolf Tübel, Erika Kretschke, Gina Baumann, Martha Schöne, Helene Lind. 2. Preis: Helene Kretschke. 120 Silben: 1. Preis: Gerhard Wöhner. 2. Preis: Herbert Teubel. 140 Silben: 1. Preis: Johanna Behold, Erhard Wöhner, Friedrich Kühne, Gertrud Hartdorf, Georg Meier. 180 Silben: Belobigung: Else Neumann. 260 Silben: 1. Preise: Margarethe Köpcke, Otto Franke. Letztere beiden Arbeiten waren vollständig fehlerfrei übertragen und stellen die vorzüglichsten Leistungen des Wettstreits dar. Nach Ohorn entfallen folgende Preise: 80 Silben: 1. Preis: Ella Fischer, Walter Schödel, Else Oswald; 2. Preis: Erich Stegenberg; 3. Preis: Felix Philipp, Edgar Rauffelt; 100 Silben: 1. Preis: Fritz Freudenberg, Johannes Höfgen, Herbert Horn; 120 Silben: 2. Preis: Georg Förster; 140 Silben: 1. Preis: Kurt Mager, Hans Garten; 180 Silben: 1. Preis: Erwin Frenzel; 200 Silben: 1. Preis: Hugo Heinrich.

(Totenfest) Tarzvergnügen an öffentlichen Orten, sowie in Räumen geschlossener Gesellschaften sind am Totenfestsonntage, am Vorabend des Totenfestsonntages von nachmittags 6 Uhr ab verboten. Theatralische Vorstellungen, einschließlich Dichtspiel-Aufführungen, sind am Totenfestsonntage und dessen Vorabend nur gestattet, sofern angemessene ernste Stücke gewählt werden und namentlich die Aufführung von Pöffen und ungeeigneten Lustspielen unterbleibt. Musikanten zur Unterhaltung der Gäste in Schankwirtschaften und sonstige, namentlich mit Musikbegleitung verbundene geräuschvolle Vergnügungen sind verboten. Dagegen können Konzerte, die dem Ernste des Tages entsprechen, am Totenfestsonntage nachgelassen werden.

(Abführung von Lohnsteuer.) Das Landesfinanzamt weist erneut darauf hin, daß der 3. Zt. wieder auftretende Mangel an Steuermarken bei der Post von der Abführung der Steuer nicht entbindet. Die Lohnsteuer ist in solchen Fällen bei der Kasse des zuständigen Finanzamtes unter Beifügung einer Aufstellung über die eingezahlten Beträge in bar einzuzahlen. Der auf jeden Arbeitnehmer entfallende Steuerbetrag ist unter Angabe der Lohnhöhe und des Lohnzeitraumes in die Steuerbücher einzutragen; die alsdann dem Lohnsteuerbureau zwecks Abtempelung vorzulegen sind. Arbeitgeber, die mindestens fünf Arbeitnehmer beschäftigen, werden aufgefordert, das Ueberweisungsverfahren einzuführen. Die Unterlagen hierzu sind auf dem zuständigen Lohnsteuerbureau zu erhalten.

(Vorsicht!) Falsche 500 Milliarden Scheine der Stadt Jreitall sind im Umlauf, vor deren Annahme gewarnt wird.

(Papiergeld muß in Zahlung genommen werden.) Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 7. November 1923 ist eine Verpflichtung zur Annahme von Papiergeld bei Forderungsgeschäften begründet worden. Weiber der Abschluß, noch die Erfüllung von Verträgen über die Lieferung von Waren dürfen deshalb verweigert werden, weil die Zahlung in Papiermark erfolgt oder erfolgen soll. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Notverordnung werden mit Gefängnis, in schweren Fällen sogar mit Zuchthaus bestraft, daneben muß auf Geldstrafe erkannt werden, zu deren Sicherung die Polizeibehörde das Vermögen des Täters ganz oder teilweise beschlagnahmen darf. Verträge, deren Erfüllung bereits von der Zahlung in Goldmark abhängig gemacht sind, sind nichtig. Die Polizeibehörde wird mit allen verfügbaren Kräften den Bestimmungen der Verordnung Nachdruck verleihen. Geschäftsleute, die den Bestimmungen zuwiderhandeln, haben neben schwerer Bestrafung die Schließung ihrer Geschäfte zu gewärtigen. Einer sehr hohen Strafe verfiel ein Kaufmann in Frankfurt a. M., der sich ebenfalls geweigert hatte, Ware gegen Papiermark zu verkaufen. Er schrieb an die Tür: „Petroleum ausverkauft“, gab es aber hintenherum ab, wenn er wertbeständig Geld erhielt. Die Begründung, auch die Lieferanten forderten wertbeständig Geld, nützte dem Kaufmann nichts. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis und 10 Millionen Geldstrafe.

Radeberg. (Betriebs einstellen.) Bei der letzten Lohnzahlung im Sachsenwerk konnte der Lohn wegen Geldmangel nicht voll ausgezahlt werden, obwohl die Gehälter der Angestellten dazu mit Verwendung finden sollten. Daraufhin stürmten eine Anzahl Arbeiter in das Direktorialzimmer, mißhandelten den Direktor und beschädigten die Einrichtungsgegenstände. Daraufhin ist dem gesamten Fabrikpersonal gekündigt worden.

Böbau. (Bierzig Jahre im Dienste des deutschen Liedes.) Eine in Sängerkreisen bekannte Persönlichkeit, der Kassierer des 5. Oberlausitzer Sängerkreises, der frühere Landwirt Hermann Wilhelm Böbau, beging dieser Tage das 40 jährige Sängerbildium. Im November 1883 trat er in die „Böbauer Lyra“ ein, 1905 war er Mitbegründer des „Böbauer Orpheus“, dessen Vorsitzender er seit der Gründung heute noch ist.

Dresden. (Die Begnadigungen Dr. Zeigners.) Zu den Begnadigungen unter Justizminister Dr. Zeigner schreibt Geheimrat Dr. Besling, Ministerialdirektor im einstweiligen Ruhestande (auf Grund des Gesetzes vom 26. Juli 1923 über die

Pflichten der Beamten usw.) wie folgt an die Presse: „Nach einer in Ihrer Zeitung veröffentlichten Mitteilung beruht das gegen den früheren Ministerpräsidenten Herrn Dr. Zeigner eingeleitete Strafverfahren darauf, daß er in seiner Eigenschaft als Justizminister Geschenke für die Bewilligung von Begnadigungen angenommen habe. Da ich viele (mehr als 12) Jahre hindurch die Gnadensachen im Justizministerium an leitender Stelle bearbeitet habe und die Ausübung dieser Tätigkeit durch mich in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt geworden ist, muß ich Wert darauf legen, die Deffentlichkeit davon zu unterrichten, daß ich während der Amtszeit des Herrn Dr. Zeigner mit Gnadengesuchen nicht mehr befaßt gewesen bin. Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand darin, daß er mir diese mit der Begründung entzogen hat, daß meine Mitwirkung bei ihnen für ihn eine politische Belastung bedeuten würde.“

Dresden. (Ministerpräsident a. D. Dr. Zeigner verhaftet.) Wie der Teunion-Sachsendienst zuverlässig erfährt, ist der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner in der Nacht von Dienstag zum Mittwoch auf Veranlassung des obersten Staatsanwalts zu Leipzig verhaftet worden. — Wie dem „Berliner Totalanzeiger“ von zuverlässiger Seite aus Dresden gemeldet wird, hat Ministerpräsident Dr. Zeigner noch vor kurzem versucht, auf Leipziger Zeugen einzuwirken, daß diese nicht gegen ihn sprechen sollen. Zeigner sei körperlich und geistig vollkommen zusammengebrochen, was auf seine Verhaftung noch nachts mit dem Krankenwagen in das Leipziger Untersuchungsgefängnis gebra

### Politische Ansichten.

#### Deutsches Reich.

(Havenstein) Einige Tage vor seiner Zwangspensionierung ist Reichsbankpräsident Havenstein gestorben. Es war besessene Sache, daß er gehen sollte, weil sich in den letzten Monaten immer mehr gezeigt hatte, daß sein Geist nicht elastisch genug war, um sich auf die Notwendigkeiten einer wehenden Währung einzustellen. Gerade die jüngste Bergangenheit hat scharfe Angriffe gegen ihn gebracht. Man machte ihm zum Vorwurf, daß er durch langfristige Kredite der Spekulation Gelegenheit gab, gegen gutes Geld auf Pump Waren zu kaufen und der Reichsbank nachher schlechtes Geld zurückzugeben. Man machte ihm die Zahlungsmittelknappheit im August und Oktober zum Vorwurf, man hielt ihm schließlich entgegen, daß er die Goldanleihe durch die Art der Einführung geradezu sabotiert habe, indem er sie den Großbanken zum Zeichnungskurse abgegeben und ihnen dadurch Millionen Gewinne — wohlverstanden in Goldmark — nachwarf. Als er zuletzt auch noch der Reichsregierung die Diskontierung von Schatzwechseln ablehnte und dadurch die ganzen Schwierigkeiten wegen der Erwerbslosenunterstützung im Ruhrgebiet hervorrief, setzte sich auch im Kabinett die Auffassung durch, daß man sich von ihm trennen müsse, während der Kanzler sich sehr damit begnügte, daß Herr Dr. Havenstein zum 1. April gehen und sich vorher heurlauben lassen wollte. Es war aber schwer, ihn heranzukommen, weil die Reichsbank auf Wunsch der Entente der Einfuhrnahme der Reichsregierung entzogen ist. Deshalb fand eine Verordnung unmittelbar bevor, wodurch die Liberalisierungsbestimmungen auch auf die Reichsbank ausgedehnt werden sollten. Damit war, da Herr Havenstein das 65. Lebensjahr überschritten hatte, sein Rücktritt erzwungen. Nun ist er doch noch in den Seelen gefangen, und es wäre unrecht, wollte man ihn lediglich beurteilen nach den Fehlern, die er in den letzten Monaten begangen hat. Zurückschauend auf sein ganzes Wirken wird hoch anzuerkennen sein, daß er, solange er auf der Höhe seiner Kraft war, sich um die Reichsbank große Verdienste erworben hatte und daß es vornehmlich ihm zu verdanken war, daß bei Beginn des Krieges unsere finanzielle Mobilmachung glänzend funktionierte.

Berlin, 21. November. (Eine weitere deutsche Protestnote.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris Herr von Köch hat dieser Tage eine weitere Protestnote gegen die Unterstufung der Separatisten übergeben. Die deutsche Regierung legt gegen die fortgesetzte Unterstufung der bewaffneten Separatistenbanden durch amtliche französische Organe und gegen die Behinderung der deutschen Behörden und Beamten bei der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung nachdrücklichste Verwahrung ein.

#### England.

(Der englische Wahlkampf.) Soweit sich die Dinge heute übersehen lassen, treten sich als Hauptkämpfer Lloyd George und Baldwin gegenüber. Der Walker zeigt wieder einmal das fatalistische Geschick, die Lage für sich auszunutzen. In Southampton beschuldigte er die konservative Regierung Bonar Law und Baldwin, an der verworrenen Lage Europas schuldig zu sein. Nun kann aber auch Lloyd George nicht für sich in Anspruch nehmen, die französische Politik richtig durchzuführen zu haben. Weiber in London, als das herabstimmte Ultimatum vom Mai 1921 stieg, noch im Herbst 1921, als Deutschland um Überschleifen betrogen wurde, hat er sich als der starke Mann erwiesen, der den französischen Nachstunger in

die Schranken zu weisen verstand. Baldwin weist in seinen Wahlreden hauptsächlich auf den Wirtschaftsverfall Englands hin, der eine Folge des Durchhaltens auf dem Festland sei. Dabei machte Baldwin wiederholt das Zugeständnis, daß Frankreich seine verwüsteten Gebiete wieder aufgebaut habe und nun imstande sei, den Wettbewerb mit der englischen Textilindustrie aufzunehmen. Zum Verständnis möge dienen, daß Lille und Roubaix die Hochburgen der französischen Textilindustrie sind, die schon vor dem Kriege den Wettbewerb mit Lancashire aufnehmen konnten und aufgenommen haben. Lloyd George meint indessen, daß England nicht Schutzoll gegen die französischen Spinnerien brauche, sondern gegen den französischen Militarismus. Als Lloyd George noch seinbar nach Herr Europas war, gingen die Franzosen nach Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg. Sie sind dort geblieben, obwohl dieser Einbruch ebenso vertragswidrig war und ist, als der in das Ruhrgebiet. Ohne Düsseldorf hätte es kein Essen und Dortmund gegeben, wie denn auch Poincaré immer damit aufgetrumpft, daß das Lloyd George Ultimatum vom Mai 1921 die deutsche Schuld endgültig festgesetzt habe. In Alledem zeigt sich, wie verhängnisvoll schwach England gegenüber Frankreich in Europa geworden ist.

London, 19. November. (England kann nicht länger auf die Lösung in Europa warten.) Heute hielt Ministerpräsident Baldwin in der Queens Hall in London eine Rede über seine Politik und stellte dabei die Frage, warum eigentlich die ganze, durch das Erliegen des Welthandels verursachte Last auf den Schultern Englands liegen sollte. England sei schwerer davon betroffen, wie jeder andere Staat. Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland hätten nicht soviel darunter gelitten, wie England. Trotz des Chaos in Europa sei Frankreich in der Lage gewesen, seine zerstörten Gebiete wieder aufzubauen, seine beschädigten Kohlengruben wieder vorzurichten und seine Fabriken mit moderner Maschinen auszurüsten. Dasselbe müsse für Deutschland und Belgien zu. Sie würden sich in der Lage befinden, die Produktion zu steigern, während England nicht mehr auf die Lösung in Europa warten könne. Während es sich weiter um diese Lösung noch bemühe, müsse es jetzt vor allen Dingen an seine eigenen Interessen denken.

#### Frankreich.

Paris, 22. November. (Die Resultate der gestrigen Botschafter-Konferenz.) In der gestrigen Botschafterkonferenz wurde zwischen den Alliierten vollkommene Übereinstimmung erzielt. Die offiziellen Pariser Kreise sind über das Resultat der Konferenz überaus zufrieden, umso mehr als dadurch die Aufrechterhaltung der Entente ermöglicht wird. Es wurde an Deutschland eine gemeinsame Note gerichtet.

#### Italien.

Rom, 19. November. (Fürst Bülow in Rom.) Fürst Bülow ist mit seiner Gemahlin in Rom eingetroffen. Er beabsichtigt in der Villa Malta den Winter zu verbringen. Dem Korrespondenten des „Tribuna“ erklärte er, daß er keine Politik mehr treiben werde.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. November.

### Die politische Aussprache.

Der Reichstag ist wiederum versammelt, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Als der Präsident um halb 2 Uhr die Sitzung eröffnete, waren zwar die Tribünen überfüllt, aber die Bänke der Abgeordneten wiesen zahlreiche Lücken auf. Die Vorträge sind noch nicht in Berlin eingetroffen. Der Präsident gedachte zunächst des Ablebens des Zentrumsgenossen Hoener und des Reichsbankpräsidenten Havenstein. Er brandmarkte das Verhalten der französischen und belgischen Verfassungsbehörden, die es zugelassen haben, daß die Separatisten die Immunität der Abgeordneten Mißbrauch (Str.) und Dr. West (D. Bp.) verletzten. Ein Antrag auf Strafverfolgung des pfälzischen Abgeordneten Hofmann-Kaiserslautern (Soz.) wegen Hochverrat wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Kleine Verträge mit der Schweiz und Polen wurden ohne Erörterung gebilligt.

Das Haus trat dann in die große politische Aussprache ein, an deren Spitze diesmal keine Regierungserklärung stand. Der Kanzler will erst im Laufe der Aussprache das Wort nehmen. Dagegen erhoben die Kommunisten lärmenden Protest und als der Präsident feststellte, daß es dem Reichstanzler natürlich überlassen bleiben muß, wann er das Wort nehmen wolle, beantragten die Kommunisten Vertagung des Reichstages. Das Haus antwortete darauf nur mit Heiterkeit und lehnte den Antrag ab. Die Rede der Redner eröffnete der sozialdemokratische Abgeordnete Wels, der die Anschauung vertrat, daß das jetzige Kabinett Stresemann eine neue Regierung sei, die ihr Programm entwickeln und das Vertrauen des Reichstages beantragen müsse. Der Redner verurteilte die Abtrennungsbestrebungen und protestierte gegen die Wahnsinnpläne derjenigen, die im Westen ihre Industrie-Verzögerer errichten wollten. Kayr und Lubendorff hätten in Wilmungen offen Hochverrat begangen. Für alle diese Ereignisse trage der Reichstanzler die Schuld. Die Rhein- und Ruhrfrage sei für die Sozialdemokratie eine nationale Frage. An eine Preisgabe sei nicht zu denken. Der Industrielle Wädner habe die Unterstufung der Franzosen für die Einführung des 10. Stundentages gefordert. Dagegen erhoben die Sozialdemokraten stürmischen Protest. Der deutsche nationale Führer Hergt stellte fest, daß der Reichstag wieder einmal vor einer bittersten Entscheidung stehe, vielleicht zum letzten Mal. Das Kartenhaus der großen Koalition sei zusammengebrochen, der Reichstanzler müsse folgen. Der Redner fordert einen völligen Kurswechsel und verlangte vom Reichstanzler eine unzweideutige Erklärung über die gegenüber den besetzten Gebieten geplante Politik. Nicht eine einseitig nationale Regierung, sondern eine nationale Regierung überhaupt müsse gebildet werden. Auch die Arbeiterklasse werde die ihr gebührende Stellung erhalten. Die Regierung müsse das Vertrauen der nationalen Verbände und der nationalen Jugend haben. Bei Beendigung der Rede kam es ganz unerwartet zu einem erregten Zwischenfall als der Reichstanzler das Wort erhalten sollte, verlangte Abgeordneter Roenen das Wort zur Geschäftsordnung,

das ihm der Abgeordnete...  
Nimmeln...  
er habe...  
das Haus...  
des Reich...  
Kommun...  
den pol...  
werde in...  
Dagegen...  
Fraktion...  
Er bedau...  
Bebels r...  
Körperlich...  
hin, daß...  
geplant,...  
worden i...  
gelbeite...  
und daß...  
Majna...  
Ende die...  
inzwische...  
Nimmeln...  
den, den...  
schloß er...  
können, i...  
Der Bu...  
„J...  
Zum 2...  
der Fr...  
der Pö...  
die Fra...  
schen B...  
deutsche...  
der N...  
Frankr...  
das B...  
herhalt...  
der P...  
mond...  
burg...  
von ei...  
tunde...  
Bilten...  
drett...  
Bohrin...  
gegen...  
wehrte...  
es im...  
derheit...  
das Pr...  
Land e...  
der Be...  
Schule...  
ausger...  
De...  
13)  
Frau...  
höchste...  
Schweiz...  
Warum...  
merjian...  
zu letter...  
denn...  
Sozial...  
von...  
jähren...  
Lob...  
Salom...  
fall, gan...  
durch...  
Kern...  
intimere...  
jene Ab...  
prakt...  
eine...  
Klub...  
Mit...  
von...  
einem...  
Er ging...  
wir ihn...  
Nad...  
bleib...  
nab...  
Rein...  
Ihrer...  
ih...  
M...  
gar zu...  
Ber...  
magie...  
Hades...

das ihm vom Präsidenten verweigert wurde. Trotzdem protestierte der Abgeordnete Koenen in energischen Worten dagegen, daß Polizei im Hause sei. Der Abgeordnete Memmele schlug unter großem Lärm der Kommunisten mit den Fäusten auf das Treppengeländer. Erst nach einigen Minuten gelang es dem Präsidenten die Ruhe herzustellen. Unter lebhaftem Beifall der übrigen Parteien verwies er den Abgeordneten Memmele wegen groblicher Verletzung der Ordnung aus dem Sitzungssaal. Da der Abgeordnete auch einer zweiten und dritten Aufforderung des Präsidenten nicht folgte, vertagte der Präsident die Sitzung auf eine Stunde. Die Abgeordneten blieben noch lange Zeit in Gruppen im Sitzungssaal beisammen und besprachen den Vorgang.

Die zweite Sitzung begann kurz vor halb 6 Uhr. Abg. Memmele hatte seinen Platz wieder eingenommen. Ehe der Reichskanzler das Wort erhalten konnte, erklärte Präsident Löbe einleitend, er habe allerdings seit mehreren Monaten polizeilichen Schutz in das Haus geholt, seitdem öffentlich Drohungen gegen Mitglieder des Reichstages und der Reichsregierung erhoben worden sind. Der Kommunist Koenen protestierte in einer Geschäftsordnungsrede gegen den polizeilichen Schutz, der nur wieder gegen links angewendet werde und warf dem Präsidenten Nervosität und Uebereilung vor. Dagegen stellte sich der Sozialdemokrat Dittmann namens seiner Fraktion hinter den Präsidenten und billigte seine Geschäftsführung. Er bedauerte, daß sich die Kommunisten nicht nach der Mahnung Webers richteten, die Vertreter des Proletariats sollten sich in allen Körperschaften als anständige Menschen benehmen und wies darauf hin, daß im Reichstage selbst gegen Rathenau ein Vordanschlag geplant, gegen den Abgeordneten Haase sogar ein solcher ausgeführt worden ist. Er stellte ferner fest, daß den Kommunisten die Einzelheiten der polizeilichen Schutzmaßnahmen mitgeteilt worden waren und daß Präsident Löbe ihnen ehrenwörtlich versichert hatte, diese Maßnahmen seien nicht gegen die Kommunisten gerichtet. Nach dem Ende dieser Geschäftsordnungsdebatte richtete Präsident Löbe, der inzwischen von der Anwesenheit des ausgeschlossenen Abgeordneten Memmele unterrichtet worden war, die erneute Aufforderung an diesen, den Saal zu verlassen. Da Memmele jedoch sitzen blieb, so schloß er die Sitzung, ohne daß der Reichskanzler heute noch auf die Reden der beiden größten Oppositionsparteien hatte antworten können, und setzte die neue Sitzung für Donnerstag nachmittag an. Der Bußtag soll sitzungsfrei bleiben.

### „Nach fünfjähriger Befreiung.“

Zum 22. November, dem Jahrestag des Einzugs der Franzosen in der elsass-lothring. Hauptstadt.

Die unselige Verwirrung, die im November 1918 der plötzliche deutsche Zusammenbruch anrichtete, haben die Franzosen auch zur „Lösung“ der elsass-lothringischen Frage geschickt ausgenützt. Sie wußten, daß der deutsche Gegenspieler Schachmatt gesetzt war und daß der Nimbus des armen, überfallenen, launstrommen Frankreich auch die Annullation des Bundes decken würde, das bisher immer als das glanzvolle Beispiel dafür herhalten mußte, daß dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ endlich Genugtuung würde.

„Le plébiscite est fait“, erklärte Herr Raymond Poincaré am 10. Dezember 1918 in Straßburg. Das Taschenspielerkunststückchen war geglückt; von einer Abstimmung über die staatliche Zukunft Elsass-Lothringens war auf einmal keine Rede mehr; niemand dachte mehr daran, daß doch Völker und Völker nicht wie Steine auf dem Schachbrett verschoben werden dürfen.

So wurden das deutsche Elsass und Deutsch-Lothringen im Handumdrehen französisch. Wer sich gegen diese Entscheidung verwahrte oder gar aktiv wehrte, war ein „Hochverräter“!

Fünf Jahre lang konnte Frankreich bemessen, ob es imstande sein werde, die annektierte deutsche Minderheit an seiner Ostgrenze zu verdauen. Es hat das Problem so angepackt, daß es alle Deutsche im Land erdroffelt; die Muttersprache von neun Zehnteln der Bevölkerung, das Deutsche, wird planmäßig in der Schule vernachlässigt und zurückgesetzt, ja geradezu ausgerottet. In diesem überwiegend deutschsprachigen

Bande ist es nicht erlaubt, Theateraufführungen in hochdeutscher Sprache darzubieten. Hier in diesen „befreiten“ Elsass-Lothringen ist das gesamte Verwaltungs- und Gerichtswesen rein französisch! Und dies trotz der immer und immer wieder erhobenen Vorstellungen der berufenen Vertretungen des Landes, trotz der heftigen Vorwürfe der Presse, trotz der leidenschaftlichen Entschlüsse öffentlicher Volksversammlungen!

Alle diese Not ist freilich über die Bevölkerung gekommen nicht ohne eigene Schuld! Durch ihr Stillschweigen in den entscheidenden Monaten des Winters 1918/19 hat sie den blau-weiß-roten Schreibern im Bande möglich gemacht, daß sie das Bild der Stimmung dahin färbten, als herrsche eitel Freude und Wonne über die „Erlösung vom deutschen Joch“. Und noch heute finden die widerlichsten „patriotischen“ Ergüsse nicht die Abschüttelung, die sie verdienen. Ober doch selten! Ein Beispiel für eine offene, ehrliche Aussprache dessen, was in deutscher Zeit war, hat nun eine Straßburger Zeitung die „Republique“, gerade in diesen Tagen geliefert. Sie schreibt:

„Wir haben die kollektive Heuchelei, die unsern Landsleuten seit dem Waffenstillstand immer wieder aufgezwungen wird und die auf unserm öffentlichen Leben lastet, nie begünstigt oder gar

mitgemacht: Wir halten sie, abgesehen von ihren schädlichen Konsequenzen, ganz einfach für das Elsass unwürdig! Wenn heute von der „Botte allemande“, dem „deutschen Stiefel“, die Rede ist und von der politischen Sklaverei der Elsässer unter dem deutschen Regime, sollte nie vergessen werden, daß der Elsass damals innerlich frei war. Das ist heute nicht mehr der Fall. Er wird nicht nur gezwungen, entweder Gefühle zu haben oder sie zu heucheln, ja die Heuchelei ist sogar reaktiv! Wir können es nicht hindern, wenn Leute, die gern betrogen sind, an dem Klischee von den zwei unglücklichen, hilflos weinenden Kindern festhalten, die, unter dem „Stiefel des Barbaren“ weinend, ihre Hände ohne Unterlaß 50 Jahre lang sehnüchlich nach der Mutter ausstrecken, aber es ist unsre Pflicht, dagegen anzulämpfen, daß alle diejenigen, auf die jenes sentimentale Märtyrertum in keiner Weise paßt — und es ist die Majorität unserer Bevölkerung — sich nun verpflichtet glauben, es nachträglich vorzunehmen und eine Treue zu heucheln, die sie nun einmal nicht gehabt haben.“

Wenn dann noch festgestellt wird, daß „die große Masse darunter leidet, daß sie sich heute rückwärtend in seelische Leiden hineindenken muß, die die meisten nicht empfunden haben“, so haben wir ein ungemein deutliches Bild der „Lösung der elsass-lothringischen Frage“. Zu Frankreichs höherem Ruhme müssen anderthalb Millionen Menschen Tag für Tag einen heißen Patriotismus „wimen“; die Ueberschrift dazu heißt: „Befreiung“. Aber Frankreich ist nicht ewig übermächtig. Es kommt ein neuer Tag. . . .

### Eine zweite Note der Botschafterkonferenz über die Militärkontrolle.

Paris, 22. November. In einer zweiten, dem deutschen Geschäftsträger in Paris übermittelten Note setzt die Botschafterkonferenz ihre Beschlüsse bezüglich der alliierten Militärkontrollen in Deutschland aus. Eingangs dieser Note stellen die alliierten Regierungen fest, daß sie von der Erklärung der deutschen Regierung Kenntnis genommen haben, die sich den Verpflichtungen des Versailler Vertrages zu entziehen gedenkt. Weiterhin stellt die Note Bedingungen der deutschen Regierung gegen den Paragraphen fest, dadurch, daß es sich in praktischer Weise der Ausführung der Militärkontrolle entzog. Die Note macht weiterhin auf die Gefahr aufmerksam, die aus dieser Lage entstehen könne und kündigt die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in kurzer Zeit an. Es werden in derselben Weise wie auch in der ersten Note gemeinsame Maßnahmen der alliierten Regierungen angebrocht in dem Falle, daß Deutschland die Militärkontrolle in irgend einer Weise führen oder zu verhindern suchen wird. Zu diesem zweiten Teil der an Deutschland gerichteten Note bezüglich der Militärkontrolle wurde gestern abend noch folgendes bekannt: Die Funktionen des Chefs der alliierten Militärkontrolle General Nollet werden eingeschränkt werden. Er wird, wie hier verlautet, vor Ergreifung irgend welcher Maßnahmen sich mit den ihnen unterstellten Generalen der Alliierten in Verbindung zu setzen haben. Wenn in dieser Beziehung kein einheitliches Resultat herauskommt wird er sich mit den in Berlin anwesenden französischen Gesandten bezüglich einer Beschlusfassung im Benehmen zu setzen haben. Wenn auch in dieser zweiten Instanz



Hokus, pokus Erdal gibt die Kraft, Schon glänzen die Schuhe zauberhaft.

# Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

### Der Weg der Schwester Hanna

Roman von Viola Landt.

Im übrigen mag er heiraten und durch eine reiche Frau das väterliche Gut vor Zwangsverkauf retten. Allerhöchste Zeit, daß er an eine Ehe denkt. . . Ihr Stief, liebe Schwester, passen Sie auf.“

„Warum haben Sie eigentlich nicht geheiratet, Herr Kommerzienrat?“ fragte sie, um die Unterhaltung auf Abwege zu lenken.

„Ja, das ist so eine Gemisfenfrage. . .“

„Oh, bitte, ich wollte nicht neugierig sein.“

„Aber Schwester, das sind ja alles Trümpfe, wo sind Ihre Gedanken. Sehen Sie, jetzt haben Sie das Spiel verloren. Und nun legen Sie die Karten zusammen. So. Hören Sie zu, ich werde Ihnen eine Geschichte erzählen.“ Er lehnte sich tiefer in die beschattete Ecke zurück, schob sich sein Gesicht ganz aus dem Lichtkreis der hohen Salonlampe vor; dann begann er in verändertem Tonfall, ganz ruhig und sachlich zu erzählen.

„Es war einmal ein Mann, der nach leichtsinnig durchtollter Jugend in den Stürmen des Lebens den guten Kern seines Wesens rettete und zu Ehren und Ansehen und Reichtum gelangte. Ohne Schwestern aufgemacht, ohne intimere Kenntnis der weiblichen Seele, konnte er vor Frauen nur jene Abart, mit denen man bei Sekelgelagen sein Geld verpraßt. Sein Geld erschloß ihm alle Vergnügen; er spielte eine Rolle in Ballsälen, auf Rennplätzen, in vornehmen Klubs, er unternahm weite, luxuriöse Auslandsreisen unter Mitnahme seiner sogenannten Frau. Allmählich, angedrückt von diesem Treiben, sehnte er sich nach edleren Freuden, einem ruhigen Heim, einer liebevoll darin waltenden Gattin. Er ging auf die Brautwahl, die Herr, Herr — na nennen wir ihn Schulze. Und siehe da, Herr Schulze fand ein Mädchen, das im Nu seine ganze Seele an sich riß. Sie ließ — sagen wir Renate — und war die Tochter eines namhaften Arztes. Jung, zart, blond, von mädchenhafter Reinheit, eine wohlgezogene Hausdame. Er fühlte sich über nicht würdige, schwere innere Seelenkämpfe zermürbet, seiner angelegenen Stellung? Der Altersunterschied war gar zu groß, sein Aeußeres war nicht bestechend, seine tolle Vergangenheit mußte ihn erniedrigen in ihren Augen. Er wagte es nicht, von seiner Liebe zu reden, aber Unglaubliches wurde Tatsache: diese Renate ermutigt ihn zu freier

Rede, kam ihm entgegen, hörte seinen Antrag ruhig an und gestand dann unter holdem Erdröten, daß sie stets einen älteren, vornehmen Mann als Gatten gewünscht habe. Die Eltern gaben ihre Zustimmung. Herr Schulze glied einem Trunkenen. Er vergaß seine Braut, betete sie an wie ein Heiligenbild. Der Tag der Hochzeit wurde festgesetzt.

Da an einem Abend — zwei Tage vor dem Polsterabend — betrat Fräulein Renate mit und erschloß von den Vorbereitungen des Festes ihr welches Anamüchtersimmer. Sie wollte sich früh schlafen legen, um am nächsten Morgen recht frisch zu sein; da besann sie sich anders, setzte sich an den melancholischen Schreibtisch. Sie hatte das Bedürfnis, ihrem Verlobten noch ein paar Worte zu schreiben; so tauchte sie die Feder ein und eilfertig glitt die Hand über das mattblaue Briefpapier.

„Lieber!“

„Obwohl ich totmüde bin, kann ich doch nicht umhin, Dir noch ein paar Zeilen zu senden. Du erinnerst Dich heute wieder in Goldhankläger und Vorwürfen. Ich bitte Dich, laß doch endlich diese Reden und laß Dich los von den Schattten der Vergangenheit. Was kümmert mich, was hinter Dir liegt. Du liebst mich, das soll mir genügen sein. Du heuchelst ferner die Befürchtung, daß ich eines Tages, gelangweilt durch das Wohlleben, an der Seite eines alternenden Mannes — so laßtst Du ja wohl? — meine Rettung einem andern zuwenden könnte. Du sprichst von einer strahlenden Lohngrünergestalt, die plötzlich in mein Leben treten und mich befrühen könnte. . . weißt Du eigentlich oarnicht, wie namenlos Du mich krankst mit so sinnlosen Reden? Nein, mein Lieber, ich habe Dir Treue gelobt und werde sie Dir halten bis zum letzten Atemzug, da kannst Du ganz ruhig sein. Gewiß die Aussicht auf Millionenreichtum vermag ein Mädchenberza zu bestricken, und dankbar und froh werde ich das sorglose Leben genießen, daß Du imstande bist, mir zu bieten — aber entscheidend ist das alles nicht. Ich liebe Deine Seele, Deine großmütige Gesinnung, Dein reiches Wissen, Deine Lebenserfahrung imponiert mir. Einem jungen Dachs fühle ich mich überlegen. Ihm würde ich mich niemals für ein Leben anvertrauen. Du sprichst ferner geringschätzig von Deinem Aeußeren. Lieber, in meinen Augen bist Du ein stattlicher Mann. Ein sogenannter schöner Mann ist mir umsober. Und was bedeutet ein schönes Gesicht, wenn es sich um eine lebenslängliche Gemeinlichkeit handelt? Mit einem Charakter soll man eine Ehe schließen, nicht mit einem Gesicht.“

Und nun bitte ich Dich ebenso dringend wie herzlich

nietmals wieder mündlich auf dieses dumme Thema zurückzukommen. Deshalb schreibe ich Dir diese Zeilen.

Ich liebe Dich, ich bin die Deine in Ewigkeit!

Deine treue Renate.“

Das junge Mädchen überflog nochmals flüchtig das Gesariebene, adressierte und legte den Brief beiseite. Sie lächelte eine Weile verträumt vor sich hin. Dann nahm sie nochmals die Füllfeder und schrieb einen flüchtigen Nachsatz.

P. S. Heute nachmittag erhielt ich beifolgendes Brief von Onkel Ernst. Er läßt uns auf sein Gut ein, wenn wir aus Norwegen zurückkommen. Furchtbar nett, nicht wahr? Er hat mich, Dir seine Einladung zu übermitteln. Lies den Brief und wenn Du Onkel übermorgen siehst, vergiß nicht, ihm zu danken.

Dann legte sie beide Briefe beiseite. Wieder lächelte sie eine Weile traumverloren. Endlich raffte sie sich nochmals auf, nahm hastig einen zweiten mattblaue Briefbogen und begann von neuem zu kritisieren.

Mein lieber Kurt!

„Also wir werden uns eine Zeitlang nicht sehen. Wie sollen wir das ertragen? Aber es ist nicht zu ändern. Uebermorgen ist die Trauung in der Magdalenenkirche, Du weißt ja. Bitte komm lieber nicht hin. Gleich am Abend fahren wir ab und schiffen uns in Hamburg ein. Wäre der elende Mammon nicht, mit dem ich Deine Schulden bezahlen und mir ein glänzendes Leben schaffen kann, ich möchte ihn ohrfeigen, diesen alten albernem Kerl mit seinem verlebten Getue. Heute hat er wieder Predigten gehalten, er fühle sich meiner nicht würdig und ähnelichen Quatsch. Er hält mich für eine Heilige. Na lassen wir ihm diesen holden Wahn, nicht wahr? Nun sei nicht traurig wegen der Trennung, sie ist ja nur vorübergehend. Bald bist Du mein Hausfreund, das gibt einen Mordspaß. Du bist und bleibst mein lieber Kurt.“

Innigst küßt Dich Deine Renate.

Dann schrieb sie auch die Adresse zu diesem Brief: Herrn Leutnant Kurt Birckstein, München, Schwantaler Passage 54.

In diesem Augenblick trat das Dienstmädchen ins Zimmer mit einer Bestellung der Mutter. Das Fräulein Renate verstaubte verlegen die Blätter und wandte sich ihm zu. „Halt“, rief sie dann, „einen Moment, Sie können gleich noch zwei Briefe mitnehmen und einstecken. Hören Sie, sie müssen heute noch in den Kasten.“

(Fortsetzung folgt.)

keine Einigung zustande kommt, wird in letzter Linie die Gefandtschaftskonferenz in Paris die Entscheidung zu fällen haben. Diese Einschränkungen der Befugnisse sind in erster Linie dem Einfluß der englischen Regierung zuzuschreiben, die auf diese Weise unliebsame Zusammenstöße oder rigorose Maßnahmen der Militärkontrollkommissionen zu verhindern gedenkt.

### Neue Entlassungsbestimmungen

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes haben die zuständigen Minister eine Verordnung erlassen und im Reichsgesetzblatt veröffentlicht, die Bestimmungen von größter Wichtigkeit für die Lösung bestehender Arbeitsverhältnisse enthält. Durch die Verordnung werden die §§ 12—15 der maßgebenden Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920, d. h. die bisher bestehenden wesentlichen Beschränkungen des Arbeitgebers aufgehoben. Danach gilt jetzt folgendes:

Entlassungen dürfen vorgenommen werden, ohne daß eine Arbeitsstreckung erfolgt. Die einschränkenden Bestimmungen über die Auswahl der zu entlassenden Arbeitnehmer, insbesondere die Vorschriften über die weitgehende Berücksichtigung ihrer persönlichen Verhältnisse kommen in Fortfall, sobald allein die Interessen des Betriebes in Zukunft ausschlaggebend sein können. Der gekündigte Arbeitnehmer hat nicht mehr ohne weiteres das Recht der Anrufung des Schlichtungsausschusses. Wenn er die Kündigung für ungerechtfertigt hält, kann er sich lediglich auf Grund der §§ 84 ff. des Betriebsratsgesetzes unter Einhaltung einer Frist von 5 Tagen an den Betriebsrat oder Betriebsobmann wenden. Glaubt auch dieser, daß die Kündigung zu beanstanden ist, so hat er mit dem Arbeitgeber wegen der Kündigung zu verhandeln, und erst wenn eine Verständigung binnen einer Woche nicht möglich ist, ist der Arbeitnehmer innerhalb weiterer 5 Tage zur Anrufung des Schlichtungsausschusses berechtigt. Hält der Betriebsrat oder Betriebsobmann die Kündigung aber für gerechtfertigt, so kommt ein Verfahren vor dem Schlichtungsausschuss überhaupt nicht mehr in Betracht.

Wird in Betrieben bis zu 200 Arbeitnehmern eine Stilllegung erforderlich, durch die mindestens 10 Arbeitnehmer zur Entlassung kommen, so besteht wie bisher die Anzeigepflicht gegenüber der Demobilisierungsbehörde. Die Stilllegung und die durch sie bedingte Entlassung von Arbeitnehmern darf ohne Genehmigung dieser Behörde nicht früher als 4 Wochen nach Erstattung der Anzeige erfolgen. Ist der Arbeitgeber jedoch nicht in der Lage, die Arbeitnehmer während der vorgeschriebenen Frist voll zu beschäftigen, so kann die Demobilisierungsbehörde für die Dauer der Frist eine Verkürzung der Arbeitszeit — Arbeitsstreckung — anordnen. Hierbei darf jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter 24 Stunden herabgesetzt werden.

Eine Änderung der bestehenden Vorschrift, wonach bei Arbeitsstreckung eine Gehaltskürzung erst von dem Zeitpunkt an zulässig ist, in dem das Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß enden würde, ist nicht vorgenommen worden. Das Recht zur schlüssigen Kündigung aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, bleibt unberührt.

### Von den besetzten Gebieten.

Die Franzosen versuchen die Erwerbslosen abzuschieben.

Düsseldorf, 19. November. Erwerbslose, die sich in das unbefetzte Gebiet zur Aufnahme von Arbeit begeben wollen, erhalten, wie die Telegraphen-Union erfährt, von der Besatzungsbehörde den Paßstempel unentgeltlich.

In 50 Gefängnissen und Zuchthäusern

sind annähernd 4000 deutsche Männer eingesperrt, die der französisch-belgischen Besatzungsjustiz zum Opfer gefallen sind. 275 im Zuchthaus zu Werden, 270 in den Bonner Gefängnissen, 350 im Gefängnis und Zuchthaus in Trier, 800 in Siegburg, 200 in dem verhafteten Zuchthaus von Zweibrücken, 17 in den französischen Gefängnissen von Nancy, Metz und St. Martin, 18 in den belgischen Zuchthäusern von Berviers und Löwen, um nur einige der Strafanstalten zu nennen.

### Die Note der Alliierten an Deutschland.

Paris, 22. Novbr. Der Text der Note der Vorkonferenz, die dem deutschen Geschäftsträger in Paris Herrn von Hörsch übermittelt worden ist, ist folgender: Im Namen der in der Vorkonferenz vertretenen Alliierten Regierungen bitte ich Sie, der deutschen Regierung folgende Note zu übermitteln: Durch die Note des Herrn von Hörsch vom 10. November 1923 hat die deutsche Regierung auf die am 9. v. M. gestellte Frage die Vorkonferenz wissen lassen, daß sie den deutschen Vertreter in Holland ermächtigt hat, dem ehemaligen Kronprinzen die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland zu erteilen. Die Alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von dieser Mitteilung. Sie haben weiterhin von dem Schreiben Kenntnis genommen, das am 18. November der deutsche Geschäftsträger in Paris dem Direktor des Auswärtigen Amtes zum Zweck der Uebersmittlung an den französischen Ministerpräsidenten unterbreitet hat. Die Alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von den Erklärungen, die dieses Dokument sowohl bezüglich der Verzicht-

leistung des früheren Kronprinzen auf seine Rechte auf die preussische und kaiserliche Krone als auch bezüglich der offiziellen Verpflichtung enthielt, dem Kaiser die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland zu verweigern. Sie stellen fest, daß die deutsche Regierung, indem sie der französischen Regierung den Text der Verzichtleistung, die der Kronprinz am 1. Dezember 1918 unterzeichnet hat, übermittelt haben, dadurch diese anerkennt und deren Verletzung nicht zulassen wird. Zugleich stellen die Alliierten Regierungen fest, daß die deutsche Regierung, um sich den Verpflichtungen, die der Friedensvertrag bezüglich der Militärkontrollen ihr auferlegt, zu entziehen, die schwierige innere Lage angab, und doch in voller Kenntnis dieser Sachlage die Rückkehr des Kronprinzen gestattet hat, obwohl es ihr bekannt sein mußte, daß dessen Anwesenheit auf deutschem Gebiete für Deutschland ernste Schwierigkeiten sowohl bezüglich der inneren als auch der äußeren Lage zur Folge haben muß. Unter diesen Verhältnissen sehen sich die Alliierten Regierungen gezwungen, der deutschen Regierung zu erklären, daß sie diese für alle Folgen, die aus dem Aufenthalt des Kronprinzen in Deutschland erwachsen können, voll und ganz verantwortlich macht. Sie glauben die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Gefahr lenken zu müssen, welche eine derartige Situation mit sich führen könnte und die gegebenenfalls die Alliierten Regierungen dazu veranlassen werden, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen.

### Neueste Meldungen.

Der Reichskanzler und die Parteien.

Berlin, 22. Nov. Der Reichskanzler empfing gestern, wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft Dr. Schulz, Dr. Marx und Koch, die die Stellungnahme ihrer Partei auseinandersetzen. Der Reichskanzler unterrichtete die Abgeordneten über seine heutige Rede im Reichstage.

Eine amtliche Darstellung der Vorgänge in München am 9. November.

München, 22. Nov. Die bayerische Regierung veröffentlicht zur Richtigkeitstellung auf Grund dienstlicher Berichte eine Darstellung der Ereignisse am 9. November.

Eine Zusammenkunft zwischen Mussolini und Poincaree.

Paris, 22. Nov. Havas meldet aus Rom: In vielen politischen Kreisen Roms wird die Nachricht verbreitet, daß Mussolini eine baldige persönliche Besprechung mit Poincaree haben werde. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt in Paris nicht vor.

Seftige Erdstöße in Südfrankreich.

Paris, 22. Nov. Aus Südfrankreich, besonders aus der Gegend von Toulons, werden starke Erdbebenstöße gemeldet.

### Dollar 20. / 11. 4 210 500 Mill. (amtlich)

Stand der Goldmark. (Berechnet nach dem amtlichen Mittelkurs für Auszahlung Newyork.)

	Geldkurs	Mittelkurs	Briefkurs
19. 11. 23.	598 500 000 000	600 000 000 000	601 500 000 000
20. 11. 23.	997 500 000 000	1000 000 000 000	1002 500 000 000

Sächsischer Lebenshaltungsindex. (Mittelkurs des Sächsischen Statistischen Landesamtes.) Nach den Preisfeststellungen vom 19. November 1923 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indizes für den Lebenshaltungskosten (1913/14 = 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) = 888 Milliarden. Gesamtindex ohne Bekleidung = 884 Milliarden. Am 12. November 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 204 Milliarden und ohne Bekleidungskosten 202 Milliarden. Vom 12. bis 19. November sind mithin die Preise der bei der Preisermittlung berücksichtigten Güter um 33,3 bzw. 33,7 v. H. gestiegen. Die bisher vom Sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte „Punktzahl“ (Steigerungszahl gegenüber Januar 1922 = 1) beträgt für den 19. November 1923 47 Milliarden.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Beleuchtung, Heizung und Bekleidung) beläuft sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 19. November auf das 831 milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (218,5) beträgt demnach 280,3 v. H.

### Vorausichtige Witterung.

Sonnabend: Wolkig, zeitweise heiter, Frost, etwas Schnee. — Sonntag: Ziemlich heiteres, noch etwas kälteres Frostwetter, nur noch streifenweise etwas Schnee. — Montag: Meist heiteres, trübendes Frostwetter. Später Trübung, etwas Schnee. — Dienstag: Gelinder, trüber, Schnee.

### Kirchen-Nachrichten.

Pulsnitz.

Sonntag, den 25. November, 26. nach Trin., Totensonntag (Kirche geheizt): 9 Uhr Predigtgottesdienst (Hebr. 13,14), anschließend Beichte und Abendmahl. Pfarrer Schulze.lieder: Nr. 323, 634, 105,9—10. Sprüche: Nr. 126, 128. 11 Uhr Kindergottesdienst. 5 Uhr Predigtgottesdienst (Job. 18,22) mit anschließender Abendmahlsfeier. Pfarrer Semm. — In Dorn: 3 Uhr Totensonntagandacht mit anschließender Abendmahlsfeier. Pf. Schler. Kollekte für die Kriegesgräberfürsorge und die Kriegsgräberfürsorge in Feinbesand. — Dienstag, 27. November: 8 Uhr Bibelstunde in landeskirchlicher Gemeinschaft. 1/29 Uhr Bibelstunde des Junglingsvereins. — Mittwoch, 28. November: 6 Uhr Singestunde des Kindergottesdienstes. 8 Uhr Jungfrauenverein Pulsnitz. — Donnerstag, 29. November, 8 Uhr Altmitgliedervereinigung. In Dorn: 4 Uhr Altvereinigung bei der Schwester. 8 Uhr Bibelstunde in der Schule. 8 Uhr Singestunde d. Jungfrauenvereins.

Wer seinen Mitmenschen durch Wort und Schrift imponieren, sein Ansehen und seine gesellschaftliche Stellung heben und in den Aufgaben des Lebens Erfolg haben will, kaufe sich **Das Meisterfächersystem d. Deutschen Sprache**. Eine praktische Anleitung, um in kurzer Zeit imponierend, sicher, richtig und erfolgreich sprechen und schreiben zu lernen, sowie an praktischen Beispielen das Schreiben von Briefen, Rundschreiben, Geschäftskorrespondenzen, Eingaben an Behörden, Anzeigen, Diktationen, Rechnungen, Schulbücher, Verträge, Protokolle, Testamente, die Anwendung der Buchführung, des Wechsel- und Scheckverkehrs und der Einlösuren gut und sicher zu lernen. Bearbeitet von **Karl Mariens**. Zweite vermehrte Auflage. Preis des Werkes 3 Milliarden in elegantem Aufwahrungskasten. Kann gegen Nachnahme oder Einlösung des Betrages bezogen werden durch die **Rosenthal'sche Verlagsbuchhandl. in Leipzig 23.**

## Schützenhaus Pulsnitz.

Totensonntag

Wohltätigkeits-Aufführung zu Gunsten der Notgemeinschaft „Der Goldbauer“.

Schauspiel in 4 Akten von Chacl. Birch. Pseifer. Kassenöffn. 7 Uhr. — Saal geheizt. — Anf. 8 Uhr

Vorverkauf ab Freitag. Sperrfrist Schützenhaus, 1. u. 2. Platz Schützenhaustunnel. Um zahlreichen Besuch bittet

**Dramatischer Verein „Einigkeit“**

Die Mitglieder werden zu der **außerord. General-Versammlung**

für Freitag, den 30. Nov. 1923, nachm. 3 Uhr im Schützenhaus in Pulsnitz

hierdurch eingeladen.

— Tagesordnung: —

1. Beschlussfassung zu § 23 des Statuts.
2. Beschlussfassung zu § 28 des Statuts.
3. Mitteilungen.

**Spar-, Kredit- u. Bezugsver. Pulsnitz**

Dr. Weigmann. Os. Hartmann. Kein Trinkzwang!

**Felle! Fell-Gehübe! Felle!**

Hiermit zur Kenntnisnahme, daß ich unter heutigem Tage zur Erleichterung meiner w. Kundschaft

eine dauernde Fell-Annahmestelle

bei Frau verm. Sinna Ackermann, Pulsnitz, Sempelpstraße 83, 1. Treppe (frühere Rohschlächtere) eröffnen habe.

Dieselbe zahlt allerhöchste Tagespreise in wertbeständigem Gelde.

Kaufe alle Arten rohe Häute und Felle sowie sämtliche Wildbälge.

Sämtliche von uns in Umlauf gesetzten, gegenseitig gezogenen

## Notschecks

rufen wir hierdurch zur Einlösung bis zum 10. Dezember d. J. auf.

Fremde Notschecks nehmen wir von jetzt ab nicht mehr in Zahlung.

**Commerz- und Privat-Bank Pulsnitzer Bank**

Aktiengesellschaft e. G. m. b. H. Zweigstelle Pulsnitz

## Ein guter Führer in der Not

— ist —

**Das Goldene Haus- u. Hilfsbuch,**

denn es enthält die erste Hilfe in Krankheits- und Unglücksfällen, Belehrung über Naturheilkunde, Gesundheits- und Schönheitspflege, die berufliche Versorgung der Kinder, Talkraft und Unternehmungsgelbst, die Gründung gewinnbringender Geschäfte mit wenig Kapital und Rat und Hilfe in Geld-, Kredit- und Rechtsfragen. Das nützliche Buch ist zum Preise von einer Million Mark gegen Nachnahme oder Einlösung des Betrages zu beziehen von **Reinhold Froebel in Leipzig 23, Verlagsbuchhdlg.**

## Goldmarkhypothek

von 6000 M auf neuerbautes Haus sofort gef. Angeb. u. L 22 an die Wochenbl. - Gesch. erb.

## Kleine Inserate

bitten wir, um größere Buchungen u. Rechnungsanschriften zu sparen sofort bezahlen zu wollen